



WOCHENRÜCKBLICK



Ostbeauftragte abschaffen!

Wir haben einen Antrag eingebracht, mit dem wir die Abschaffung der Funktion des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland fordern. Mehr als drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung sehen wir keine Notwendigkeit mehr für eine gesonderte Beauftragtenstruktur, da die Herausforderungen in den ostdeutschen Ländern wie wirtschaftliche Entwicklung, Demografie, Infrastruktur und Fachkräftesicherung längst in die Zuständigkeit der jeweiligen Bundesministerien fallen. Eine fortbestehende Sonderbeauftragtenstruktur führt lediglich zu zusätzlichen Koordinierungs- und Berichtsebenen ohne eigene Entscheidungskompetenzen und trägt dazu bei, eine dauerhafte regionale Sonderkategorie zu verfestigen, statt gleichwertige Lebensverhältnisse als Aufgabe für alle strukturschwachen Regionen in Deutschland zu begreifen. Die Aufgaben des Beauftragten beschränken sich im Wesentlichen auf Koordinierung, Beratung, Repräsentation und Berichterstattung und können daher ohne Weiteres von den fachlich zuständigen Ressorts sowie im Rahmen der bestehenden Bund-Länder-Zusammenarbeit wahrgenommen werden. Mit der Abschaffung der Funktion wollen wir Doppelstrukturen abbauen, zusätzliche Berichtslinien und entbehrliche Koordinierungsgremien beseitigen und die bislang dafür vorgesehenen Haushaltsmittel sowie Planstellen einsparen oder in konkrete fachpolitische Maßnahmen zur Stärkung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen strukturschwachen Regionen umschichten. Wir betonen, dass Ostdeutsche nicht länger als Sondergruppe behandelt werden sollten, sondern als gleichberechtigter und selbstverständlicher Teil der Bundesrepublik, dessen regionale Identität und Selbstbewusstsein Anerkennung verdient.



Aktuelle Videos



Treffen mit einer internationalen Delegation zur Meinungsfreiheit



Am Rande der Fraktionssitzung



**STEPHAN
BRÄUNER**

Videodreh für das Kommunalforum



**STEPHAN
BRÄUNINGER**

Rückblick auf die Plenarwoche

Mittwoch, 7. Oktober 2026

Die Wirtschaft wieder auf die Beine zu stellen und stärker zu machen, hat Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) als Ziel der Bundesregierung ausgegeben. In der Befragung der Bundesregierung am Mittwoch, 7. Oktober 2026, sagte die Ministerin, dies sei gelungen. Die Wirtschaftsforschungsinstitute hätten die Wachstumsprognose von 0,6 auf 1,3 Prozent mehr als verdoppelt. Der Ifo-Geschäftsklimaindex steige zum fünften Mal in Folge. Dennoch stehe dieses Wachstum noch auf „wackligen Beinen“, die Lage bleibe fragil, Deutschland werde von externen Krisen belastet. „Wir müssen unsere Wettbewerbsfähigkeit selbst stärken und für nachhaltiges Wachstum sorgen“, unterstrich die Ministerin. Der Anspruch sei, Deutschland an die Spitze zu bringen, um „Wohlstand für alle“ zu schaffen.

Der AfD-Abgeordnete Dario Seifert thematisierte den Tourismus und sagte, 21 Prozent der Bevölkerung könnten sich keine einwöchige Urlaubsreise leisten. Reiche betonte, dass das Wirtschaftswachstum in Gang gesetzt werden müsse. Dazu gehörten eine Reform der sozialen Sicherungssysteme, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, der Bürokratieabbau und die Änderung der Energiepreise. Die Senkung der Energiesteuer und der Übertragungsnetzentgelte sowie die Absenkung der Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie gingen in die richtige Richtung. Für gute Arbeit und gute Löhne brauche man Wachstum.

Neben der Wirtschaftsministerin stellte sich auch der neue Bundesverkehrsminister Steffen Bilger (CDU) den Fragen der Abgeordneten. Verlässlichkeit und Planbarkeit gab er als Motto aus, damit die Menschen „zuverlässig von A nach B kommen“. Dazu werde eine leistungsfähige Infrastruktur benötigt. Wolfgang Wiehle (AfD) ging auf lange Streckensperrungen für Sanierungen im Schienennetz der Bahn ein. So werde die Strecke Berlin-Hannover für 14 Monate gesperrt. Korridorsanierungen seien sinnvoll, sagte der Minister. Das seien längere Sanierungen, damit es danach besser und zuverlässiger funktioniere. Das Konzept der Korridorsanierung werde aber überarbeitet. Die Investitionen ins Schienennetz seien richtig „für mehr Pünktlichkeit“.

Im Anschluss an die Regierungsbefragung folgte die Fragestunde. Getrennt nach Ressorts beantworteten Vertreter der Bundesregierung 45 Minuten lang Fragen, die von den Abgeordneten vorab schriftlich eingereicht worden waren. 24 der insgesamt 52 Fragen wurden von Abgeordneten der AfD-Fraktion gestellt. Beispielsweise erkundigte sich der nordrhein-westfälische Abgeordnete Sascha Lensing (AfD) beim Bundesinnenministerium, über welche bundesweit einheitliche Datengrundlage die Bundesregierung zur Erfassung von Verdachtsfällen hybrider Einflussnahme verfügt, insbesondere von Sabotage, Spionage und Angriffen auf kritische Infrastrukturen. Welche Bundesbehörde die Erkenntnisse von Bund, Ländern und betroffenen Infrastrukturbetreibern zu einem ressortübergreifenden Lagebild zusammenfügt, interessierte den Abgeordneten ebenso.

Die AfD kritisiert die andauernde Unterstützung der Ukraine bei der Abwehr des russischen Angriffskriegs – und steht dafür ihrerseits in der Kritik aller anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag. In einer Aktuelle Stunde auf Verlangen der AfD-Fraktion unter dem Titel „Reise von Bundeskanzler Merz nach Kiew – Milliarden für die Ukraine bei Sparmaßnahmen in Deutschland“ warfen Vertreter von Union, SPD und Grünen ihr vor, von „Frieden“ zu sprechen, während sie eigentlich auf die Kapitulation der Ukraine setze.

Markus Frohnmaier (AfD) kritisierte, dass Deutschland die Ukraine mit inzwischen 100 Milliarden Euro bilateral und weiteren 30 Milliarden Euro an EU-Mitteln unterstützt habe. Beim jüngsten Besuch des Bundeskanzlers Friedrich Merz (CDU) in Kiew seien eine weitere Milliarde Euro für Militärhilfen und 350 Millionen Euro für Energieinfrastruktur hinzugekommen. Merz setze bei den Sozialleistungen im eigenen Land den Rotstift an und werfe den Deutschen im Übrigen vor, zu wenig arbeiten zu wollen. Die 130 Milliarden Euro Steuergeld des „ach so faulen deutschen Volkes“ verschenke „Merz an sein wahres Vaterland, die Ukraine“, sagte Frohnmaier.

In einer Vereinbarten Debatte am Mittwochabend, die unter dem Titel „Drei Jahre nach dem terroristischen Überfall der Hamas auf Israel – Antisemitismus entschlossen bekämpfen, jüdisches Leben in Deutschland schützen“ stand, unterstrichen viele Abgeordnete die dringliche Aufgabe, Radikalisierung und wachsenden Antisemitismus in Deutschland zu bekämpfen.

Beatrix von Storch (AfD) warf der Linkspartei vor, bewusst auf die „judenfeindliche Welle“ zu setzen, um sich „in Rathäuser und Regierungen tragen zu lassen“. Die Partei mobilisiere mit „Gaza-Protest gezielt den islamischen Mob auf unseren Straßen, Seite an Seite mit Hisbollah, Hamas und PFLP“. Dort, wo diese Partei gewinne, müssten Juden Angst haben. Die meisten antisemitischen Übergriffe und Anschläge gebe es in Berlin in den Hochburgen der Linken.

Der Bundestag hat erstmals zwei Anträge der AfD-Fraktion mit den Titeln „Deutsche Erinnerungskultur neu ausrichten – Gedenkstättenkonzeption des Bundes durch eine Bundeskonzeption national bedeutsamer Gedenkstätten, Denkmäler und Erinnerungsorte ersetzen“ und „Kulturschutzgebiete für identitätsstiftende Bauwerke und Landschaften etablieren“ beraten. Nach dem Willen der AfD-Fraktion soll die Gedenkstättenkonzeption des Bundes durch eine Bundeskonzeption national bedeutsamer Gedenkstätten ersetzt werden. Nach Ansicht der AfD bezieht sich die bisherige Gedenkstättenkonzeption und Erinnerungskultur „fast ausschließlich auf die Tiefpunkte der deutschen Geschichte, die mit den beiden totalitären Diktaturen auf deutschem Boden verbunden waren“. Es sei Zeit, „wieder die vielen guten Seiten der deutschen Geschichte, von Otto dem Großen bis zur Wiedervereinigung, in den Vordergrund zu rücken und diese als positive identitätsstiftende Orientierungspunkte in der Erinnerungskultur zu würdigen“.



STEPHAN
BRAUNER

Rückblick auf die Plenarwoche

Donnerstag, 8. Oktober 2026

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag in erster Lesung die Entwürfe der Bundesregierung für eine Reform der Einkommensteuer und für ein Jahressteuergesetz nach einstündiger Aussprache an die Ausschüsse überwiesen. Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) erklärte, die Reform setze „im Rahmen des Möglichen die richtigen Schwerpunkte“. Man entlaste die Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Damit das alles bezahlt werden könne, nehme man die sehr hohen Einkommen stärker in die Verantwortung. Das mache das Steuersystem, aber auch unser Land gerechter. Was die Koalition als Steuerreform vorlege, „ist in Wahrheit genau das Gegenteil“, sagte Kay Gottschalk (AfD). „Es ist das dreiste, am besten getarnte Steuererhöhungsgesetz, das dieses Haus seit Jahren gesehen hat. Es ist ein glatter Etikettenschwindel.“ Die vorgesehene Entlastung reiche nicht einmal aus, um die kalte Progression auszugleichen. Das sei allenfalls ein Almosen, und die Leistungsträger der gesellschaftlichen Mitte würden gar nicht entlastet, weil in diesem Bereich der Steuertarif nicht geändert werde.

Der Bundestag hat am Donnerstag erstmals über zwei Anträge der AfD-Fraktion mit den Titeln „24 Maßnahmen gegen linksextremistische Gewalt und Terror – jetzt entschlossen handeln zum Schutz von Demokratie, Rechtsstaat und kritischer Infrastruktur, insbesondere unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Berliner Abgeordnetenhauswahl“ und „Sachbeschädigungen an kritischen Infrastrukturen (KRITIS) in der polizeilichen Kriminalstatistik gesondert abbilden“ debattiert. In der Debatte kritisierte Martin Hess (AfD), dass in Berlin Die Linke als „eine Partei, die offen linksextremistische Positionen“ vertrete und „beste Kontakte zu Clan-Kriminellen, zu islamistischen Terror-Unterstützern und zu widerwärtigen Antisemiten“ habe, kurz davorstehe, die Regierende Bürgermeisterin der Stadt zu stellen. Verantwortlich dafür seien Grüne und SPD, die mit dieser Linken Gespräche führten. Linksextremismus müsse aber „mit oberster Priorität und maximaler Härte“ bekämpft werden, sagte Hess.

Der Bundestag hat erstmals über die Unterrichtung der Bundesregierung zu Ostdeutschland 2026 debattiert. Den Bericht mit dem Titel „In Bewegung bleiben“ stellte die Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland, Elisabeth Kaiser (SPD), vor. Stephan Brandner (AfD) sagte dazu in seiner Rede vor dem Bundestag: „Die Frage, warum es 36 Jahre nach der Wiedervereinigung einen Ostbeauftragten mit üppiger Besoldung, einem üppig ausgestatteten Dienstwagen und einem üppigen Mitarbeiterstab – mehreren Dutzend Mitarbeitern – braucht, lässt sich ganz einfach beantworten: Es braucht ihn gar nicht. Die Ostdeutschen sind immer schon politisch und gesellschaftlich mündig und erfolgreich. Wir brauchen keinen Ostbeauftragten, wir brauchen keinen Westbeauftragten. Meine Damen und Herren, der wahre Bürgerbeauftragte in Deutschland ist die Alternative für Deutschland.“

Der Bundestag hat am Donnerstag erstmals den Gesetzentwurf der AfD-Fraktion „zur Wiederherstellung der Meinungsfreiheit in den sozialen Netzwerken“ debattiert. Nach Ansicht der AfD-Fraktion sollte die Meinungsfreiheit in sozialen Netzwerken durch einen Gesetzentwurf sichergestellt werden. „Der Aufbau einer Überwachungs- und Repressionsstruktur ist inzwischen weit vorangeschritten. Der Bürger wird also gar nicht mehr das sehen, was er sehen will, sondern das, was den Vielfaltsanforderungen derjenigen entspricht, die vorgeben, was er sehen darf. Es braucht daher dringend wieder die Rückbesinnung auf ein freiheitliches Dasein, in dem der Staat und seine Repräsentanten die Diener des Volkes sind und nicht die Drangsalierer des Volkes. Es braucht keine staatlichen Demokratieschützer. Chef im Ring ist der freie, der mündige Bürger, der kein betreutes Denken braucht und keine betreute Demokratie benötigt“, sagte Stephan Brandner (AfD) in seiner Rede.

Der Bundestag hat erstmals über Anträge der AfD-Fraktion mit den Titeln „Vom Mieter zum Eigentümer – Wohneigentum wieder bezahlbar machen“ und „Gewachsene Heimat erhalten – lokales Bauland an Einheimische vergeben“ debattiert. Die AfD-Fraktion will die private Wohneigentumsbildung fördern. Die Bundesregierung solle deshalb eine Gesetzesvorlage erarbeiten, mit der jeder Steuerzahler einmalig alle Bau- beziehungsweise Kaufkosten für selbst genutztes Wohneigentum bis zu einem Höchstbetrag von 200.000 Euro zehn Jahre lang linear steuerlich wirksam absetzen kann. Außerdem sollen die energetischen Anforderungen für die Inanspruchnahme von KfW-Krediten reduziert werden. Die Grunderwerbsteuer soll für den privaten Immobilienerwerb abgeschafft werden. „Wer in Deutschland lebt, eine Familie gegründet hat und Steuern zahlt, soll für sein selbst genutztes Wohneigentum von Steuersenkungen profitieren“, fordert die AfD-Fraktion.

Der Bundestag hat die Forderung nach Einberufung eines Bürgerrates zurückgewiesen. Für den Antrag der Fraktion Die Linke stimmten neben der Linken auch Bündnis 90/Die Grünen, während CDU/CSU, AfD und SPD ihn ablehnten. In seiner Rede sagte Stephan Brandner (AfD) dazu: „Sie wollen wieder einen sogenannten Bürgerrat einsetzen und damit ein, Gott sei Dank, tot geglaubtes politisches Pferd wiedererwecken. Bürgerräte sind ein zutiefst undemokratisches Konstrukt, mit dem Mehrheitsverhältnisse, die durch Wahlen geschaffen wurden, ausgeklammert und Basisdemokratie simuliert werden soll. Ich sage Ihnen, was die Bürger wirklich brauchen: robuste demokratische Entscheidungsmöglichkeiten neben den alle paar Jahre stattfindenden Wahlen, bei denen die Stimme abgegeben wird. Wir brauchen Volksabstimmungen, Volksentscheide auf Bundesebene, vor allem zu wichtigen Fragen unserer Zeit. Wichtige Fragen zum Leben der Bürger sollen durch Volksentscheide entschieden werden und nicht in irgendwelchen von NGOs getragenen Laberrunden. Wir brauchen Entscheidungsmacht für die Bürger. Dafür steht leider nur noch die Alternative für Deutschland.“



STEPHAN
BRANDNER

Rückblick auf die Plenarwoche

Freitag 9. Oktober 2026

Die deutsche Migrationspolitik sorgt im Bundestag weiter für heftige Kontroversen. In einer ersten Debatte über einen Antrag der AfD-Fraktion zu „Maßnahmen für eine wirkliche Migrationswende“ warf ihr Abgeordneter Dr. Gottfried Curio der Regierungskoalition am Freitag eine „proaktive Zuwanderungs- und Einbürgerungspolitik“ vor, durch die das Land vorsätzlich zerstört werde. Eine Migrationswende heiße, „jedes Jahr zwei- bis dreihunderttausend Illegale raus“, sagte Curio und forderte unter anderem ein Ende der „Einbürgerung nach Fristablauf“, wirtschaftliche „Daumenschrauben gegenüber allen Herkunftsländern, die nicht kooperieren“, eine „Aufhebung aller Schutztitel für syrische Asylanten“ sowie die Aussetzung des Familiennachzugs insgesamt.

In ihrem Antrag fordert die AfD-Fraktion die Bundesregierung auf, „die bislang ausgebliebene Migrationswende tatsächlich herbeizuführen“. Dazu soll die Bundesregierung laut Vorlage Einbürgerungen nur noch als Ermessenseinbürgerungen und frühestens nach einem Aufenthalt von zehn Jahren gewähren und die regelhafte Hinnahme einer doppelten Staatsbürgerschaft aufheben. Außerdem fordert die AfD-Fraktion die Bundesregierung auf, den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten „nicht nur zu suspendieren, sondern – mit Ausnahme von Härtefällen gemäß Paragraph 22 Aufenthaltsgesetz – aufzuheben“ und die Entgegennahme von Anträgen auf Familiennachzug zu individuell Schutzberechtigten für ein halbes Jahr auszusetzen. Ferner dringt sie darauf, keine Asylverfahren mehr für Personen durchzuführen, die aus sicheren Drittstaaten einreisen oder deren Identität ungeklärt ist. Die an Syrer erteilten Schutztitel soll die Bundesregierung dem Antrag zufolge wegen Wegfalls des Schutzgrundes umfassend widerrufen und die zwangsweise Rückführung ausreisepflichtiger Syrer wieder aufnehmen. Des Weiteren sprechen sich die AfD-Abgeordneten in der Vorlage unter anderem dafür aus, „Leistungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit wie auch die technologische und wirtschaftliche Kooperation sowie die Erteilung von Visa für die Arbeits- und Ausbildungsmigration strikt an die uneingeschränkte Kooperation des jeweiligen Staates bei der Rücknahme ausreisepflichtiger eigener Staatsbürger zu koppeln“.

Auf Antrag der Fraktion Die Linke hat sich der Bundestag am Freitag in einer Aktuellen Stunde mit dem Titel „Zäsur in Sachsen-Anhalt – Zusammenarbeit mit Rechtsextremen“ mit der Wahl des Landtagspräsidenten in Sachsen-Anhalt am 6. Oktober befasst. Gewählt wurde der von der stärksten Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt aufgestellte Kandidat Tobias Rausch (AfD). Er bekam 48 Stimmen. Da seine Fraktion 39 Sitze und das BSW, das bereits im Vorfeld seine Unterstützung für Rausch angekündigt hatte, fünf Sitze hat, müssen bei der geheimen Wahl vier Abgeordnete anderer Fraktionen ihre Stimme dem AfD-Abgeordneten Rausch gegeben haben.

In Sachsen-Anhalt sei mit demokratischen Mitteln ein Landtagspräsident gewählt worden, sagte Martin Reichardt (AfD). Das sei ein völlig normaler Vorgang, der nichts anderes widerspiegele als die „vom Volk in freier Wahl bestimmten Mehrheitsverhältnisse“. SPD, Grünen und Linken warf Reichardt vor: „Ihnen geht es gar nicht um Demokratie.“ Die „aufgesetzte Empörung“ und die „unsäglichen NS-Vergleiche“ resultierten aus der Angst davor, „dass die Bürger Parlamente wählen, in denen weniger unqualifizierte Sozialisten Versorgungsposten bekommen“. Die CDU habe er bei seiner Kritik bewusst herausgelassen, so Reichardt, da er bei der CDU in Sachsen-Anhalt Hoffnung erlebt habe. Es gebe dort mutige Mitglieder, „die die konservative Wende in Deutschland wieder möglich machen wollen“.

Für Heidi Reichinnek (Die Linke) ist es ein „offenes Geheimnis, dass die Stimmen aus der Union kamen“. Damit sei der erste rechtsextreme Parlamentspräsident seit Hermann Göring gewählt worden. Dr. Ottilie Klein (CDU/CSU) erinnerte daran, dass es sich um eine geheime Wahl gehandelt habe. Sie könne verstehen, dass die „SED-Nachfolgepartei“ ihre Schwierigkeiten mit dem Konzept freier Wahlen habe, sagte Klein mit Blick auf die „wüsten Unterstellungen und unbewiesenen Behauptungen“ ihrer Vorrednerin. Für die CDU sei die Frage der Zusammenarbeit mit politischen Extremen ohnehin klar, sagte die Unionsabgeordnete. „Wir sind sogar die einzige Partei, die einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegen die AfD hat“, betonte sie. Für ihre Partei sei völlig klar: „Extreme bleiben Extreme – egal, ob von rechts oder von links.“



Zu Gast in Arnstadt

RECHTSSTAAT RETTEN

28.10.2026, 18:00 UHR

Jens Dietrich,
MdL

**Stephan
BRANDNER**
MdB

**Olaf
KIESSLING**
MdL

**MUSIKKELLER MATADOR
BRAUHAUSSTRASSE 1-3
ARNSTADT**



**STEPHAN
BRANDNER**

Einladung nach Berlin!



**STEPHAN
BRANDNER**

Exklusiv für die
Bewohner des
Wahlkreises Gera – Greiz
– Altenburger Land

Einladung *ins* *politische* Berlin

**30.11. bis
2.12.**

Inbegriffen:

- ✓ Übernachtung im DZ und mehrere Mahlzeiten
- ✓ Besuch Bundestag - Gespräch mit Stephan Brandner
- ✓ Vielfältiges politisches Programm
- ✓ Busfahrt aus Ostthüringen

Seien Sie dabei!



AfD

Anmeldung und Informationen ausschließlich über Heiko Gluth: stephan.brandner.ma02@bundestag.de



**STEPHAN
BRANDNER**

SKATABEND

— MIT STEPHAN BRANDNER —



17. NOVEMBER 2026 |



17:00 UHR

AfD



GERA



ANMELDUNG:

Stephan.brandner.ma02@bundestag.de

Erstellt mit Hilfe von KI



STEPHAN
BRANDNER

Brandner kommt nach NRW



HERBSTBRUNCH

MIT STEPHAN BRANDNER

📧 Anmeldung: veranstaltung@afd.ac

📅 DATUM 24.10.2026	🕒 UHRZEIT 11:00 bis 15:00 Uhr	Alternatives Zentrum Stolberg
------------------------------	--	--



Stephan Brandner, MdB

KOMMT NACH HAMM

Datum: Donnerstag 22.10.2026
Uhrzeit: 18 Uhr Ort: Europasaal
Römerstraße 18, 59075 Hamm

AfD Hamm



STEPHAN
BRANDNER

Demokratiefest in Hessen



GROSSES DEMOKRATIEFEST
mit **GERALD GROSZ**

ANDREAS LICHERT (MdL) STEPHAN BRANDNER (MdB)
CHRISTIAN ROHDE (MdL) ROBERT LAMBROU (MdL)

**WIR BRINGEN
UNSER LAND
WIEDER
AUF KURS!**

SAMSTAG, 24. OKTOBER
18 UHR EINLASS AB 17 UHR
ALTENSTADTHALLE
VOGELSBERGSTRASSE 42

 **MUT ZUM
KLARTEXT!**

Jeder Gast willkommen! Nicht-öffentliche Veranstaltung.
Anmeldung per E-Mail: robert.wasiliw@afd-hessen.de

AfD 



**STEPHAN
BRANDNER**

Wir sind für Sie da!

Ihre Stimme.
Unser
Einsatz.

Ihre Ansprechpartner vor Ort – kompetent, erreichbar, für Sie im Einsatz.

Wahlkreisbüro Gera

Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera

Tel.: 03 65 – 20 42 41 30

Fax: 03 65 – 22 69 12 50

kontakt@brandner-im-
bundestag.de

Geöffnet: Mo.–Do. 10–17 Uhr
und jeden 2. Samstag 10–13 Uhr



Wahlkreisbüro Meuselwitz

Bebelstraße 21,
04610 Meuselwitz

meuselwitz@brandner-im-
bundestag.de

Geöffnet: Di. 10–17 Uhr



Wahlkreisbüro Gößnitz

Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz

Tel.: 03 44 93 – 25 95 13

goessnitz@brandner-im-
bundestag.de

Geöffnet: Do. und Fr. 10–17 Uhr



Wahlkreisbüro Weida

Platz der Freiheit 9,
07570 Weida

weida@brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Do. 10–17 Uhr
und jeden 1. Samstag im Monat: 8–11 Uhr



Besuchen Sie mich auch im Netz



www.facebook.com/stBrandner



www.instagram.com/stephanbrandner



www.youtube.com/c/stephanbrandnerafd



t.me/StephanBrandnerMdB



www.tiktok.com/@brandner_afd



<https://twitter.com/BrandnerSt>